



BERENBERG

PRIVATBANKIERS SEIT 1590

02. November 2015

DEMOGRAFIE UND MIGRATION

Der Flüchtlingsstrom wird das Demografie-Problem kaum lösen

- Deutschland altert. Seit den 1970er Jahren sinken die Geburtenzahlen und die geburtenstarken Jahrgänge rücken in der „Alterspyramide“ immer weiter nach oben. Die Älteren von ihnen nähern sich allmählich dem Renteneintritt. Dabei kommt das umlagefinanzierte Sozialversicherungssystem in Bedrängnis, wenn die Zahl der Leistungsempfänger im Verhältnis zu den Leistungserbringern deutlich steigt.
- Es gibt zwar kein Patentrezept, dafür aber eine Reihe von Möglichkeiten, die finanziellen Konsequenzen des demografischen Wandels abzufedern. Neben der privaten Vorsorge und der Anhebung des Rentenalters kann die gezielte Zuwanderung junger, gutausgebildeter Arbeitskräfte helfen.
- Hoffnungen, die aktuelle Flüchtlingswelle könnte die wirtschaftlichen Folgen des demografischen Problems in Deutschland nennenswert lösen, werden sich wohl als Illusion erweisen. Die Krisen dieser Welt lassen ganz überwiegend andere Menschen wandern, als die, die von den auf Wohlstandssicherung ausgerichteten alternden Industrienationen benötigt würden.
- Zuwanderungspolitik ist auf Dauer angelegt. Deshalb muss beim Auswahlverfahren bereits berücksichtigt werden, dass die wirtschaftliche Lage in Deutschland nicht immer so gut bleiben muss, wie sie derzeit ist. Umso wichtiger ist, dass auf Dauer angelegte Zuwanderung Probleme löst und keine neuen schafft. Damit sind dann aber hohe Anforderungen an die umworbenen Zuwanderer verbunden.
- Der Wettbewerb der alternden Industrienationen um junge, leistungswillige, hochqualifizierte und kulturell anpassungsbereite Arbeitskräfte ist intensiv. Migration wird deshalb nur einen Teil des Problems lösen können.

Autor:

Dr. Jörn Quitzau
Makro Research
Telefon +49 40 350 60-113
joern.quitzau@berenberg.de

www.berenberg.de

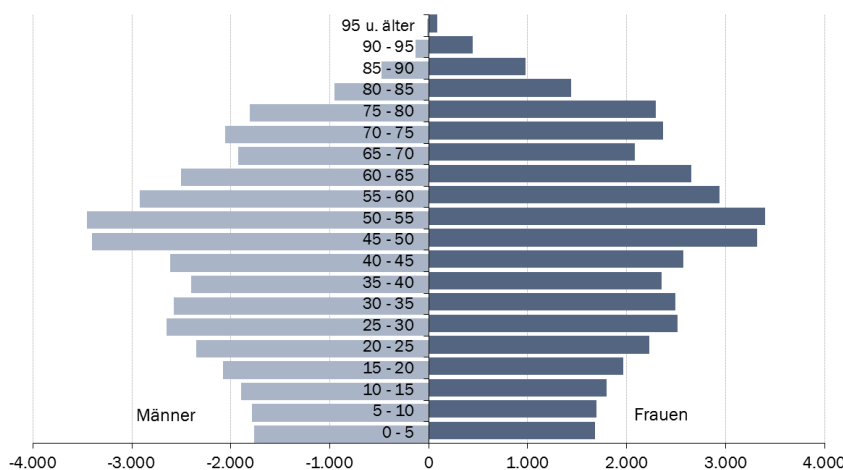
DEMOGRAFIE UND MIGRATION

Der Flüchtlingsstrom wird das deutsche Demografie-Problem kaum lösen

Deutschland altert, so viel ist sicher. Seit den 1970er Jahren sinken die Geburtenzahlen und die geburtenstarken Jahrgänge (1955-1969) rücken in der „Alterspyramide“ immer weiter nach oben. Die Älteren von ihnen nähern sich allmählich dem Renteneintritt.¹ Das umlagefinanzierte Sozialversicherungssystem kommt in Bedrängnis, wenn die Zahl der Leistungsempfänger im Verhältnis zu den Leistungserbringern deutlich steigt.

Die geburtenstarken Jahrgänge nähern sich allmählich dem Renteneintritt

1. Bevölkerungspyramide Deutschland 2014



Quelle: Statistisches Bundesamt. In Tausend.

Öffentliche Finanzen: Nachhaltigkeitslücke

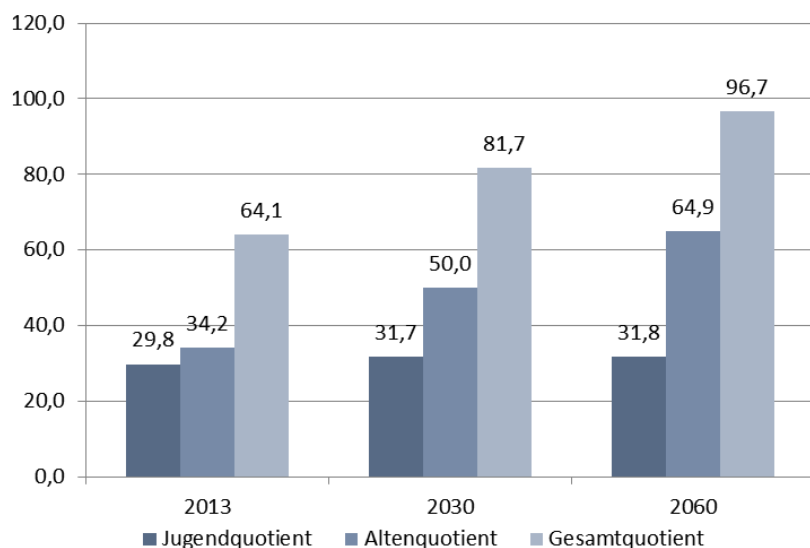
Die Folgen der demografischen Entwicklung für das Sozialversicherungssystem lassen sich in Zahlen fassen. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes lag der sogenannte Altenquotient im Jahr 2013 bei rund 34 %. Der Altenquotient wird gebildet, indem die Anzahl der Personen im Alter von über 65 Jahren durch die Anzahl der Personen im erwerbsfähigen Alter (20 bis 65 Jahre) geteilt wird. Auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter kamen 2013 also 34 Personen im Rentenalter. Bis zum Jahr 2030 wird der Altenquotient laut der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung auf 50 % und bis 2060 auf rund 65 % steigen. Die erwerbsfähige Bevölkerung wird demnach im Jahr 2060 ungefähr doppelt so viele Personen im Ruhestand finanzieren müssen wie heute.²

Die erwerbsfähige Bevölkerung wird im Jahr 2060 ungefähr doppelt so viele Personen im Ruhestand finanzieren müssen wie heute

¹ Wir haben die Grundlagen des demografischen Wandels und die daraus resultierenden Folgen in einer Gemeinschaftsstudie mit dem HWWI ausführlich beleuchtet. Vgl. Berenberg/HWWI (2014), [Demografie – Strategie 2030](#).

² Hinzu kommen noch die Kinder und Jugendlichen unter 20 Jahre, die ebenfalls von der erwerbsfähigen Bevölkerung mitfinanziert werden müssen. Der Jugendquotient wird bis 2060 vergleichsweise stabil bei rund 30 % liegen. Da Jugend- und Altenquotient zusammen bis 2060 auf insgesamt fast 97 % steigen sollen, wird

2. Demografische Quotienten für Deutschland



Quelle: Statistisches Bundesamt (2009), HWWI

Das deutsche Sozialversicherungssystem ist angesichts dieser Zahlen nicht nachhaltig finanziert. Das Forschungszentrum Generationenverträge der Universität Freiburg errechnet für Deutschland und die übrigen EU-Staaten regelmäßig die so genannte implizite (verdeckte) Staatsverschuldung. Implizite Schulden ergeben sich aus dem Teil der Leistungsversprechen, die der Staat über die verschiedenen Zweige der Sozialversicherung (insbesondere Rente) abgibt, die aber angesichts der demografischen Konstellation nicht durch entsprechende Einnahmen gedeckt sind. Würde der Staat die erworbenen Sozialversicherungsansprüche der Bürger ohne Steuer- und Abgabenerhöhungen finanzieren wollen, müsste er die Finanzierungslücke künftig durch massive Schuldenaufnahme schließen. Aus den heute impliziten Schulden würden dann in den kommenden Jahrzehnten sukzessive explizite Schulden. Die Höhe der Nachhaltigkeitslücke hängt von den Annahmen – zum Beispiel über das künftige Wirtschaftswachstum – ab. Selbst unter günstigen Bedingungen dürfte die implizite Staatsschuld den offiziellen Schuldenstand der Bundesrepublik (aktuell rund 75 % des BIP) verdoppeln.

Das deutsche Sozialversicherungssystem ist nicht nachhaltig finanziert

Wege aus der Demografie-Falle

Es gibt eine Reihe von Möglichkeiten, die sich abzeichnende Versorgungslücke zu schließen bzw. die fiskalischen Konsequenzen abzufedern. Dabei wird voraussichtlich nicht eine einzelne Maßnahme, sondern eine Kombination aller Maßnahmen die bevorstehenden Probleme lösen.

Nur ein Maßnahmenbündel kann die bevorstehenden Probleme lösen

dann also jeder Erwerbstätige einen Nicht-Erwerbstätigen (jung oder alt) mitfinanzieren müssen.

Bei diesen Zahlen ist eine jährliche Netto-Zuwanderung von 100.000 Personen unterstellt.



1. **Höhere Abgaben:** Eine theoretische Möglichkeit besteht darin, die Beitragssätze so weit zu erhöhen, dass das versprochene Leistungsniveau aufrechterhalten werden kann. Tatsächlich sind in engen Grenzen höhere Beitragssätze (oder höhere Steuern) möglich. Eine zu starke Beitragsanhebung würde aber zu einer übermäßigen Kostenbelastung des Faktors Arbeit führen, sodass Arbeitsplätze und damit Beitragszahler verloren gingen. Höhere Beitragssätze führen also nicht automatisch zu höheren Einnahmen. Im schlimmsten Fall können zu hohe Beiträge die wirtschaftliche Dynamik und die Beschäftigung so stark schädigen, dass die Einnahmen sogar zurückgehen.
2. **Niedrigere Leistungen:** Prinzipiell kann die Situation auch dadurch entschärft werden, dass die Leistungen gekürzt werden. So könnte das Rentenniveau sinken, im Gesundheitsbereich könnten die Versicherten immer mehr Leistungen privat zahlen müssen, um die Gesetzliche Krankenversicherung zu entlasten. Doch auch hier sind Grenzen gesetzt. Mit der Rente wird die (berufliche) Lebensleistung honoriert, die Rente ist somit keine beliebige Manövriermasse für die Politik. Generell bergen deutliche Leistungseinschnitte erhebliche politische Sprengkraft. Es gibt aber eine Möglichkeit, die Rentenkasse zu entlasten, ohne die monatlichen Leistungen zu kürzen: Die Rentenbezugsdauer kürzen, das Renteneintrittsalter also anheben. Dazu später mehr.
3. **Private Vorsorge:** Die Antwort der Finanzbranche auf den demografischen Wandel lautet seit Langem: Private Altersvorsorge. Wo die staatliche Rente nicht mehr sicher ist, müssen die Bürger auf kapitalgedeckte Altersvorsorge setzen, um die drohende Versorgungslücke zu schließen. Tatsächlich wird private Altersvorsorge einen Teil des Problems lösen können. Gleichwohl können sich auch die Kapitalmärkte dem demografischen Wandel nicht vollständig entziehen. Wenn die geburtenstarken Jahrgänge in den Ruhestand gehen und damit beginnen, ihre Ersparnisse aufzulösen, kann es an den Finanzmärkten spürbaren Verkaufsdruck mit sinkenden Kursen geben. Der Wert der privaten Vorsorge kann also durchaus niedriger als erhofft ausfallen. Hilfreich ist bei der Geldanlage in jedem Fall eine breite internationale Diversifikation, um auch an Märkten mit günstigerer demografischer Ausgangslage investiert zu sein.
4. **Mehr Einzahler:** Die Folgen des demografischen Wandels für die Sozialversicherung können auch durch einen Anstieg der Beitragszahler abgefedert werden. So kann die finanzielle Basis der Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) durch insgesamt mehr Beschäftigung, durch eine höhere Erwerbsquote von Frauen oder die zwangsweise Einbeziehung Selbstständiger gestärkt werden. Allerdings können solche Maßnahmen die grundlegenden Finanzierungsprobleme nicht lösen. Mehr Beitragszahler führen kurzfristig zwar zu höheren Einnahmen der Rentenversicherung, doch erwerben die neuen Beitragszahler ihrerseits Rentenansprüche, sodass langfristig auch die Ausgaben steigen. Die aus dem

Höhere Beiträge nur in Grenzen möglich

Renten Kürzungen bergen politische Sprengkraft

Private Altersvorsorge ist ein (schwankungsanfälliger) Baustein

Ausweitung des Einzahlerkreises schafft nur kurzfristig Linderung



demografischen Wandel resultierenden Probleme werden auf diese Weise also lediglich in die Zukunft verschoben, nicht aber behoben.

5. **Zuwanderung:** Schließlich besteht die Möglichkeit, den demografischen Wandel mittels Zuwanderung zu verlangsamen. Durch junge, qualifizierte Zuwanderer kann das deutsche Sozialversicherungssystem neue Beitragszahler und der Staat neue Steuerzahler gewinnen. Das System würde dadurch vorerst stabiler. Zudem steigt durch jüngere Menschen tendenziell die wirtschaftliche Dynamik, weil sie risikofreudiger und innovativer sind. Allerdings gilt auch hier wie bei Punkt 4, dass die hinzugewonnenen Beitragszahler Rentenansprüche erwerben und somit langfristig die Ausgaben weiter steigen. Besonders hilfreich wäre es insofern, wenn Zuwanderer aus Ländern mit hohen Geburtenraten gewonnen werden können. Die Vergangenheit liefert allerdings Hinweise darauf, dass Zuwanderer ihr generatives Verhalten relativ schnell an die niedrigen deutschen Geburtenraten anpassen.³

Junge, gut qualifizierte Zuwanderer gesucht

Anforderungen an eine rationale Zuwanderungspolitik

Momentan wird Punkt 5 aufgrund der aktuellen Flüchtlingskrise am intensivsten diskutiert. Allerdings geht in der Diskussion viel durcheinander. Ein Land, das aus Eigeninteresse gezielt Einwanderer – also Menschen, die auf Dauer im Land bleiben sollen – anwerben möchte, muss an diese Einwanderer selbstverständlich andere Kriterien anlegen und Eigenschaften einfordern, als sie vorübergehend Schutzbedürftige typischerweise mitbringen.

Gezielte Einwanderungspolitik orientiert sich am Eigeninteresse

Dabei ist eine Zuwanderungspolitik, mit der die negativen wirtschaftlichen Folgen des demografischen Wandels abgefedert werden sollen, alles andere als trivial. Denn Zuwanderungspolitik ist auf Dauer angelegt, deshalb muss beim Auswahlverfahren bereits berücksichtigt werden, dass die wirtschaftliche Lage in Deutschland nicht immer so gut bleiben wird, wie sie derzeit ist. Mit 2,65 Millionen Arbeitslosen ist der deutsche Arbeitsmarkt in so guter Verfassung wie zuletzt Anfang der 1990er Jahre. Das Wirtschaftswachstum ist mit rund 1,5 % ordentlich und der öffentliche Haushalt ist nahezu ausgeglichen. Die gesamtwirtschaftliche Situation ist momentan also sehr komfortabel. Politische Entscheidungen, deren Auswirkungen weit in die Zukunft reichen, sollten aber nicht auf Basis des wirtschaftlichen Status quo getroffen werden. Vielmehr gilt es, auch wirtschaftliche Schlechtwetterphasen zu antizipieren. Dazu gehören zyklische Abschwünge, strukturelle Fehlentwicklungen, aber auch grundlegende wirtschaftliche und gesellschaftliche Veränderungen wie etwa die Digitalisierung. So kann nach jetzigem Kenntnisstand niemand sicher ausschließen, dass durch die Digitalisierung der Wirtschaft deutlich mehr Arbeits-

Zuwanderungspolitik ist auf Dauer angelegt. Deshalb muss beim Auswahlverfahren bereits berücksichtigt werden, dass die wirtschaftliche Lage in Deutschland nicht immer so gut bleiben wird, wie sie derzeit ist

³ Vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2011), Generatives Verhalten und Migration – Eine Bestandsaufnahme des generativen Verhaltens von Migrantinnen in Deutschland, Forschungsbericht 10.



plätze vernichtet als neue Arbeitsplätze geschaffen werden.⁴ Zunehmende Verteilungskämpfe sind künftig durchaus wahrscheinlich. Umso wichtiger ist, dass Zuwanderung, die das soziale Sicherungssystem stabilisieren soll, möglichst Probleme löst und keine neuen schafft.

Wenn Zuwanderung die wirtschaftlichen Folgen der alternden Gesellschaft lindern soll, muss es immer um Zuwanderung in den Arbeitsmarkt gehen. Zuwanderer müssen also Eigenschaften mitbringen, die zu einem schnellen Erfolg am Arbeitsmarkt führen. Einwanderungsländer wie Kanada praktizieren schon lange eine Positivauslese anhand eines Kriterienkataloges bzw. Punktesystems.⁵ Gute Ausbildung, gute Sprachkenntnisse, Arbeitserfahrungen, das Alter, ein vorliegendes Arbeitsangebot und Anpassungsvermögen sind die Kriterien, nach denen Kanada auswählt. Je mehr Länder mit einer ähnlichen Bevölkerungsentwicklung wie Deutschland auf diese Weise ihr demografisches Problem zu lösen versuchen, umso intensiver wird der Wettbewerb um junge, leistungswillige, hochqualifizierte und kulturell anpassungsbereite Arbeitskräfte.

Anpassungsbereitschaft ist eine vielfach unterschätzte Eigenschaft. Aus der verteilungspolitischen Forschung ist bekannt, dass Umverteilung besonders gut in relativ kleinen und relativ homogenen Gruppen funktioniert. In großen und heterogenen Gruppen fällt es hingegen schwer, die nötige Bereitschaft für solidarische Umverteilung herzustellen. Gerade für Deutschland ist diese Erkenntnis relevant. Der immer noch gut ausgebaute Sozialstaat braucht die Akzeptanz derjenigen, die den Sozialstaat maßgeblich finanzieren. Die Solidargemeinschaft funktioniert dann besonders gut, wenn es untereinander Verständnis für die jeweiligen Lebenssituationen gibt und wenn die Leistungsmotivationen und die Weltanschauungen einigermaßen ähnlich sind. Mit einer Sozialausgabenquote von knapp 26 % gibt Deutschland im Vergleich zu Ländern wie den USA (19,2 %), Australien (19,0 %) und Kanada (17,0 %) viel für soziale Zwecke aus. Ist es Zufall, dass Deutschland mit einer in den vergangenen Jahrzehnten eher homogenen Gesellschaft einen deutlich besser ausgebauten Sozialstaat hat als Einwanderungsländer mit ihren vergleichsweise heterogenen Bevölkerungen?

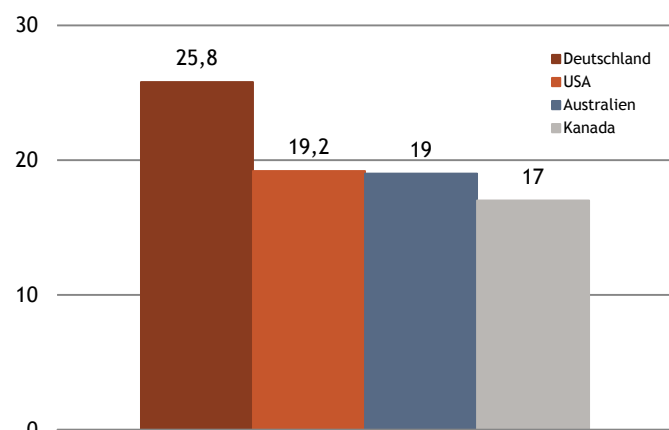
Je mehr Länder mit einer ähnlichen Bevölkerungsentwicklung wie Deutschland ihr demografisches Problem durch Zuwanderung zu lösen versuchen, umso intensiver wird der Wettbewerb um junge, leistungswillige, hochqualifizierte und kulturell anpassungsbereite Arbeitskräfte

Der immer noch gut ausgebaute Sozialstaat braucht die Akzeptanz derjenigen, die den Sozialstaat maßgeblich finanzieren

⁴ Vgl. dazu Berenberg/HWWI (2015), [Digitalökonomie – Strategie 2030](#).

⁵ Ob es aus ethischer Sicht überhaupt vertretbar ist, als reiches, alterndes Land den ärmeren Ländern ihre besten Arbeitskräfte abzuwerben (die zudem im Fall der Kriegsflüchtlinge nach Ende des Krieges für den Wiederaufbau benötigt werden), soll an dieser Stelle nicht erörtert werden. Die Entwicklungsökonomie hat sich mit diesem „Braindrain“-Phänomen ausführlich und kontrovers auseinandergesetzt.

3. Sozialleistungen in % des BIP



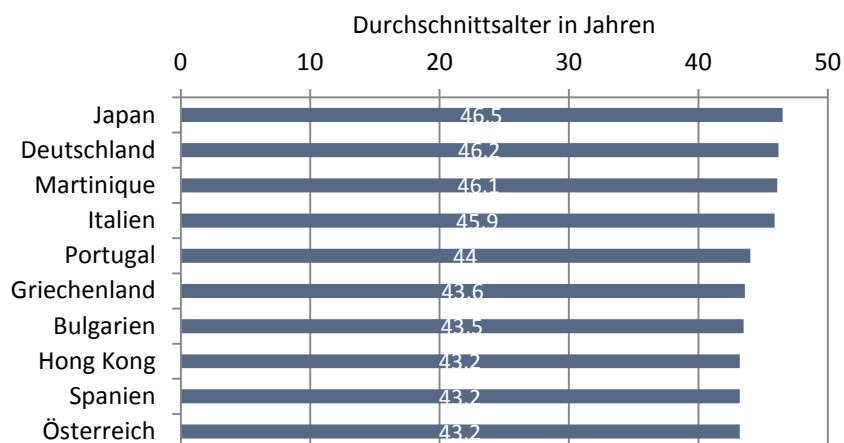
Quelle: OECD.

Die experimentelle Wirtschaftsforschung liefert zudem Hinweise dafür, dass es den Menschen bei Verteilungsfragen nicht nur um die absolute Höhe ihres Einkommens geht, sondern auch um die relative Position in der Einkommensskala. Mit anderen Worten: Mehr Einkommen allein macht nicht zwangsläufig glücklich. Wenn es gleichzeitig allen oder den meisten anderen noch besser geht, kann sich trotz eines gestiegenen Lebensstandards Frust aufbauen. Bezogen auf Migranten könnte dies bedeuten: Angesichts der eigenen Qualifikation haben Zuwanderer – genau wie Inländer – eine gewisse Erwartungshaltung. Wird diese Erwartungshaltung enttäuscht, weil es dem Zuwanderer auch längerfristig nicht gelingt, in seiner neuen Umgebung einen Arbeitsplatz zu finden, der seiner formalen Qualifikation entspricht, dann ist Frust vorprogrammiert. Hochqualifizierte werden auf Dauer nicht zufrieden sein, wenn sie langfristig lediglich im einfachen Dienstleistungsbereich beschäftigt werden. Und das selbst dann nicht, wenn sie mit dieser Tätigkeit mehr Geld verdienen können, als sie in ihrem Herkunftsland mit einem ihrer Qualifikation entsprechenden Arbeitsplatz verdienen würden. Auf Dauer geht es – siehe oben – eben nicht nur um die absolute, sondern auch um die relative Höhe des Einkommens. Die Gefahr, dass es – wenn überhaupt – zu einer Beschäftigung weit unter der formalen Qualifikation kommt, ist umso größer, je stärker sich das wirtschaftliche und kulturelle Umfeld im Herkunftsland und im Aufnahmeland unterscheiden und je größer auch die Sprachbarrieren ausfallen. Soziale Spannungen können die Folge derart enttäuschter Erwartungen sein.

Die Gefahr, dass es zu einer Beschäftigung weit unter der formalen Qualifikation kommt, ist umso größer, je stärker sich das wirtschaftliche und kulturelle Umfeld im Herkunftsland und im Aufnahmeland unterscheiden und je größer auch die Sprachbarrieren ausfallen. Soziale Spannungen können die Folge derart enttäuschter Erwartungen sein

Zusammengefasst heißt dies: Um die wirtschaftlichen Folgen der Alterung durch Zuwanderung in den Griff zu bekommen, bräuchte Deutschland junge, gut ausgebildete und leistungsbereite Zuwanderer, die sich wirtschaftlich und politisch leicht und problemlos integrieren lassen. Typischerweise wären dies Bürger aus anderen Industrienationen, ggf. aus höher entwickelten Schwellenländern.

4. Länder mit dem höchsten Durchschnittsalter



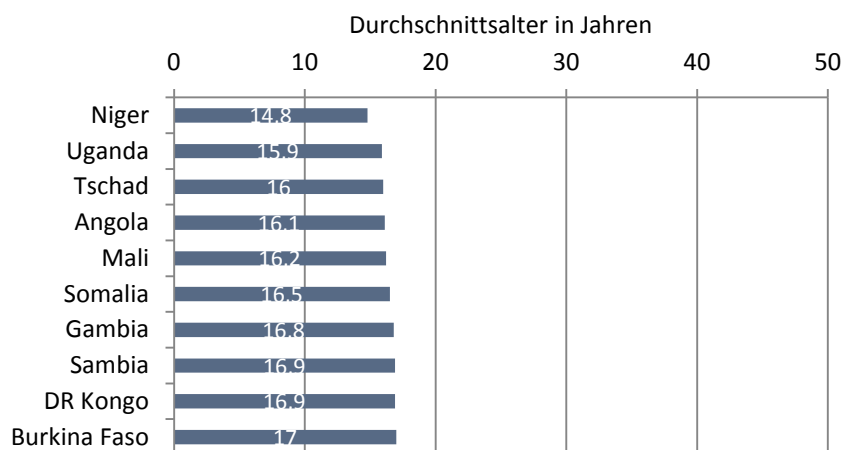
Quelle: Statista

Unglücklicherweise sieht es aber nicht danach aus, als könnte Zuwanderung einen größeren Teil des Problems lösen. Es bietet sich folgendes Bild: Viele der Länder, deren Bürger die Kriterien erfüllen könnten, sehen sich ähnlich wie Deutschland mit einer alternden Gesellschaft konfrontiert (s. Abb. 4). Beim Kampf um die auswanderungswilligen Talente aus diesen Ländern wird es Deutschland schwer fallen zu punkten, weil – abseits der momentan exzellenten Arbeitsmarkchancen in Deutschland – Länder wie die USA, Kanada oder Australien für ambitionierte Auswanderer einen deutlich höheren Unterhaltungs- und Freizeitwert haben.⁶ Hingegen sind die Länder mit einer besonders jungen Bevölkerung (s. Abb 5) wirtschaftlich und politisch im Regelfall so weit von den Industrienationen entfernt, dass eine Integration der von dort stammenden Bürger in Wirtschaft und Gesellschaft – wenn überhaupt – nur unter erheblichen Anstrengungen und Kosten möglich ist.

Viele der Länder, deren Bürger die Zuwanderungskriterien erfüllen könnten, sehen sich ähnlich wie Deutschland mit einer alternden Gesellschaft konfrontiert

⁶ Erfreulicherweise hat die Eurokrise zumindest bewirkt, dass wanderungswillige Arbeitskräfte innerhalb Europas dorthin gehen, wo offene Jobs sind. Das ist derzeit ein Pluspunkt für Deutschland. Allerdings sind es weniger die Bürger der Krisenländer, die sich unter dem Druck der Krise auf den Weg gemacht haben. Vielmehr haben vorwiegend Arbeitskräfte aus Mittel- und Osteuropa die ehemaligen Boom-Regionen verlassen, um sich in den wirtschaftlich stärkeren Regionen neue Beschäftigung zu suchen. Vgl. dazu Berenberg/HWWI (2014), Arbeitskräftemobilität – Macht der Euro mobil?, Strategie 2030.

5. Länder mit dem niedrigsten Durchschnittsalter



Quelle: Statista

Hoffnungen, die aktuelle Flüchtlingswelle könnte die wirtschaftlichen Folgen des demografischen Problems in Deutschland nennenswert lösen, werden sich deshalb als Illusion erweisen. Kein Wunder, denn die Krisen dieser Welt lassen ganz überwiegend andere Menschen wandern, als die, die von den auf Wohlstandssicherung ausgerichteten alternden Industrienationen benötigt würden. Die oben skizzierten Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integration in die gut bezahlten Segmente des Arbeitsmarktes dürften von der Mehrheit der Flüchtlinge kaum erfüllt werden, auch wenn es sicher einzelne Erfolgsfälle geben wird. Angesichts der in Deutschland außer Kontrolle geratenen Flüchtlingserfassung, müssen alle Angaben zur Qualifikation mit großer Vorsicht interpretiert werden. Nach Angaben des ifo-Instituts legen aber Zahlen aus türkischen Flüchtlingslagern nahe, dass fast 50 % der Flüchtlinge aus Syrien nicht über grundlegende Bildungskennnisse verfügen.⁷ Da Geringqualifizierte allenfalls Aussicht auf Beschäftigung im Niedriglohnsektor haben, ist der Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro pro Stunde mit Blick auf die Flüchtlingskrise ein besonderes Hindernis.

Längere Lebensarbeitszeit unvermeidlich

Eine im Sinne des Arbeitsmarktes und der Sozialversicherung gut gesteuerte Zuwanderung kann einen Beitrag zur Lösung des demografischen Problems leisten. Es ist aber unrealistisch zu erwarten, dass sich durch Zuwanderung alle Probleme beseitigen lassen. Eine wesentliche Belastung für das Sozialversicherungssystem ist die steigende Lebenserwartung. So stieg die Lebenserwartung einer 60-jährigen Frau im Zeitraum von 1980 bis 2002 von 80,8 auf 84,1 Jahre. Im gleichen Zeitraum stieg die Lebenserwartung eines Mannes von

Hoffnungen, die aktuelle Flüchtlingswelle könnte die wirtschaftlichen Folgen des demografischen Problems in Deutschland nennenswert lösen, werden sich wohl als Illusion erweisen.

Eine im Sinne des Arbeitsmarktes und der Sozialversicherung gut gesteuerte Zuwanderung kann einen Beitrag zur Lösung des demografischen Problems leisten. Es ist aber unrealistisch zu erwarten, dass sich durch Zuwanderung alle Probleme beseitigen lassen.

⁷ Vgl. Battisti und Felbermayr (2015), Migranten im deutschen Arbeitsmarkt: Löhne, Arbeitslosigkeit, Erwerbsquoten, in: ifo Schnelldienst 20/2015, S. 39-47.



76,5 auf 80 Jahre. Bei einem Renteneintrittsalter von 65 Jahren stieg dadurch die Rentenbezugsdauer bei Frauen um 3,3 Jahre oder um knapp 21 %. Bei Männern betrug der Anstieg 3,5 Jahre oder gut 30 %. Dies bedeutet, dass – unter sonst gleichen Umständen – der Wert der Rentenanwartschaften im betrachteten Zeitraum um 21 % bei Frauen und um 30 % bei Männern gestiegen ist. Auch wenn die monatlichen Rentenzahlungen unverändert blieben, ist die längere Bezugsdauer gleichbedeutend mit einer Rentenerhöhung von 21 % bzw. 30 %.

Die weiter steigende Lebenserwartung erfordert neben all den oben skizzierten Maßnahmen eine systemische Lösung, die wohl darin liegen muss, das Renteneintrittsalter zu erhöhen und immer wieder an die steigende Lebenserwartung anzupassen. Die Einführung der „Rente mit 63“ für einen Teil der Versicherten war somit ein völlig falsches Signal. Wenn die Politik jetzt noch mit Blick auf die vielen jungen Flüchtlinge zu der Fehleinschätzung kommt, die Sozialversicherung sei dadurch nun zukunftsfest, wird sie die nötigen Reformen verschlafen und damit wertvolle Zeit verlieren.

*Erhöhung des Renteneintrittsalters und
Anpassung an die Lebenserwartung*

Dieses Dokument stellt keine Finanzanalyse im Sinne des § 34b WpHG, keine Anlageberatung, Anlageempfehlung oder Aufforderung zum Kauf von Finanzinstrumenten dar. Es ersetzt keine rechtliche, steuerliche oder finanzielle Beratung. Die gemachten Angaben wurden nicht durch eine außenstehende Partei, insbesondere eine unabhängige Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, geprüft. Alle Aussagen basieren auf allgemein zugänglichen Quellen, die wir für vertrauenswürdig halten. Für die Richtigkeit und Vollständigkeit sämtlicher Angaben übernehmen wir dennoch keine Gewähr. Wir weisen ausdrücklich auf den angegebenen Bearbeitungsstand hin. Angaben können sich durch Zeitablauf und/oder infolge gesetzlicher, politischer, wirtschaftlicher oder anderer Änderungen als nicht mehr zutreffend erweisen. Wir übernehmen keine Verpflichtung, auf solche Änderungen hinzuweisen und/oder eine aktualisierte Präsentation zu erstellen. Für den Eintritt der in der Präsentation enthaltenen Prognosen oder sonstigen Aussagen über Renditen, Kursgewinne oder sonstige Vermögenszuwächse übernehmen wir keine Haftung. Wir weisen darauf hin, dass frühere Wertentwicklungen, Simulationen oder Prognosen kein verlässlicher Indikator für die künftige Wertentwicklung sind. Zur Erklärung verwandter Fachbegriffe steht Ihnen auf www.berenberg.de/glossar ein Online-Glossar zur Verfügung. Die gewerbliche Nutzung in Form eines Nachdrucks, der – auch teilweisen – Vervielfältigung sowie der Weitergabe der Studie ist ohne unsere ausdrückliche schriftliche Genehmigung nicht gestattet. Stand: November 2015.

Joh. Berenberg, Gossler & Co. KG
Neuer Jungfernstieg 20
20354 Hamburg
Telefon +49 40 350 60-0
Telefax +49 40 350 60-900
www.berenberg.de
info@berenberg.de